



STELLUNGNAHME

Ökumene stärken – als Christinnen und Christen gemeinsam handeln

Am 31. Oktober 2017 jährt sich zum 500. Mal der Tag, der als Beginn der Reformation gilt. Die Wirkungsgeschichte der damaligen Ereignisse hat die religiöse Landschaft in Deutschland, Europa und weltweit geprägt: Die konfessionellen Spaltungen gingen mit Konflikten, Unrecht und Verletzungen einher. Seit dem 20. Jahrhundert ist das Bemühen um die Ökumene unter Christinnen und Christen immer mehr in den Vordergrund getreten; interkonfessionelle Begegnungen und Ökumene werden seitdem als Bereicherung erlebt.

Europa ist heute kulturell immer noch vorwiegend christlich geprägt; das Christentum grundiert unsere staatlichen Ordnungen ebenso wie unseren Alltag. Gleichzeitig nehmen wir eine zunehmende religiöse und weltanschauliche Pluralität wahr, die innerhalb von einzelnen Konfessionen, zwischen den verschiedenen Konfessionen, interreligiös und weltanschaulich erfahrbar ist. Die Erfahrungen in der Ökumene lehren uns, Pluralität nicht als Bedrohung wahrzunehmen, sondern die Chancen eines gemeinsamen Engagements für Gerechtigkeit und das gute Leben aller zu sehen und zu nutzen.

Das Reformationsgedächtnis ist für den Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. (KDFB) Anlass, sein Bekenntnis zur Ökumene zu bekräftigen. Er äußert sich als Verband von Christinnen, die sich in ökumenischen Zusammenhängen für eine gerechte Welt und lokal wie international für die Ökumene engagieren.

Wir appellieren an die Kirchen,

- unermüdlich nach sichtbarer Einheit zu suchen;
- dafür einzutreten, dass die Gemeinschaft im Glauben in der eucharistischen Gemeinschaft zu erfahren ist;
- die inspirierende Kraft des Evangeliums für ein lebenswertes Europa und eine gerechte Welt fruchtbar zu machen und sich gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen;
- möglichst oft gemeinsam und mit einer Stimme in gesellschaftlichen Debatten und Prozessen der politischen Entscheidungsfindung Stellung zu beziehen;
- durch Wort und Tat eine solidarische Gesellschaft mitzugestalten;
- sich auch für die Freiheit nicht-christlicher Religionen einzusetzen.

Wir appellieren an Christinnen und Christen in der Politik,

- sich national wie international für Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit und die Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte einzusetzen;
- sich auch in internationalen Zusammenhängen gegen die Diskriminierung und Verfolgung von Christinnen und Christen oder anderer religiöser Minderheiten einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass Menschen unter Achtung der Freiheit von anderen ihren Glauben sichtbar und öffentlich leben können;
- öffentlich gegen jede Ausgrenzung von Menschen in unserer Gesellschaft, sei es aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder der religiösen Überzeugung, einzutreten.

Wir verpflichten uns als Katholischer Deutscher Frauenbund,

- unseren Glauben gemeinsam mit den Geschwistern aus der Ökumene zu leben und zu feiern;
- die ökumenische Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Verbandsarbeit zu intensivieren;
- uns in ökumenischen Kooperationen für Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen;
- zu einem „healing of memories“¹ und der Versöhnung der christlichen Konfessionen beizutragen;
- ökumenische Lernerfahrungen für den interreligiösen Dialog zu nutzen;
- uns für eine Gesellschaft einzusetzen, in der Glaube sichtbar gelebt werden kann.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 22.10.2017

¹ Vgl. Deutsche Bischofskonferenz/Evangelische Kirche in Deutschland, Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen. Ein gemeinsames Wort zum Jahr 2017 (Gemeinsame Texte 24), Bonn-Hannover 2016.